

04. März. 2016
72. Jahrgang
Nr. 07/08

Einzelnummer: Fr. 4.-
Internet:
www.vorwaerts.ch

Retouren:
vorwärts
Postfach 8230
8036 Zürich

vorwärts

zum internationalen Frauenkampftag



Heraus zum
8. März!

Bereits zum siebten Mal erhalten wir von der vorwärts-Redaktion die Möglichkeit, eine vollständige Ausgabe der Zeitung zum internationalen Frauenkampftag 8. März und zu aktuellen Kämpfen von Frauen zu verfassen. Wir möchten den Vorwärts-MacherInnen herzlich danken für ihre praktische Solidarität, ihre Unterstützung und die Arbeit, die sie dafür aufwenden.

Der diesjährige 8. März steht unter dem erschütternden Eindruck des Krieges und Massaker in der Türkei und Syrien. Aber auch unter dem für einmal erfreulichen Abstimmungssieg gegen die RassistInnen der SVP. Die Angriffe gegen Migrantinnen und Asylsuchende sind damit nicht gebannt und das Sterben an den Grenzen geht weiter.

Auch die Angriffe auf Frauen von staatlicher und anderen Seiten nehmen zu und nicht ab. Mit der AHV-Revision wollen sie uns zwingen, länger zu arbeiten zu immer noch schlechteren Löhnen.

Während die Rechten jegliche feministischen Forderungen bekämpfen, stellen sie sich gerne als Retter und Beschützer der Frauen und Kinder dar, wenn damit rassistische Hetze betrieben werden kann.

Die Frauendemonstration in Zürich 2016 richtet sich gegen die Kriegstreiber und gegen die Kriegsprofiteure, gegen die RassistInnen und Sexisten, die uns spalten wollen und gegen die Todesmaschine an den Grenzen. Wir sagen Frauenkampf und Feminismus heisst auch: Gemeinsam und über alle Grenzen hinweg Selbstverwaltung und Selbstverteidigung aufbauen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

REDAKTIONSGRUPPE VOM
8. MÄRZ FRAUENBÜNDNIS
ZÜRICH
(FRAUENBUENDNIS@IM-
MERDA.CH)

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 2469,
8026 Zürich, PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint 14-täglich.

Verantwortlich für diese Ausgabe:
8. März Frauenbündnis Zürich

REDAKTION:
vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich,
Tel. 044 241 66 77,
e-mail: redaktion@vorwaerts.ch,
Redaktion: Tarek Idri(tai), Michi
Stegmaier(mic), Thomas Schwen-
dener(tho), Siro Torresan(sit),
Patricia D'Incau(pdi), Sabine
Hunziker(sah).

REGELMÄSSIGE MITARBEIT:
Alex Riva, Jonas Ammann, Anja
Henebury

ABONNEMENTE:
abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.–,
reduziert (AHV, Stud.): 110.–,
Probeabo: 4 Ausgaben gratis
Druck: Union Druckerei Berlin

Widerstand

Whose choice? Zur aktuellen Kriminalisierung von Abtreibung in Irland

Frauen-Café Winterthur. **2015 wurden im britisch besetzten Norden Irlands zwei Strafverfahren gegen Frauen eröffnet. Dafür, dass sie Abtreibungs-Pillen besorgt oder selber genommen haben sollen. Das sind die ersten Strafverfahren wegen Abtreibung seit 40 Jahren; sie sorgen in ganz Irland, Norden wie Süden, für grosse Empörung.**



I've broken Irlands abortion laws -arrest me!

Seit Jahrzehnten wird die restriktive Anti-Abtreibungs-Praxis in Irlands Süden und Norden durch Feministinnen und Linken bekämpft. In den letzten Jahren hat diese Bewegung einen neuen Schub erhalten. Nachdem 2012 in Galway Savita Halapannavar wegen einer verweigerten Abtreibung gestorben ist, kommt es in Dublin und anderen Städten immer wieder zu Protesten. Vor allem verlangen die Demonstrierenden die Abschaffung des achten Verfassungsartikels, der das Leben des Embryos faktisch über jenes der Frau stellt, ausser bei sicherer Todesgefahr für die Frau. Grundsätzlich wird das Recht auf freie, sichere und legale Abtreibung gefordert. Im Süden wie im Norden von Irland ist die Gesetzeslage so, dass Frauen nur dann eine Abtreibung legal verlangen können, wenn sie in Todesgefahr schweben. Der Begriff der Todesgefahr ist aber ungenau definiert und so hängt es oft von der Haltung des medizinischen Personals ab, ob eine Abtreibung vorgenommen wird. Im Norden gilt eine spezielle Regelung. Das besetzte Gebiet wird als Teil Britanniens behandelt, ohne dass das britische Abtreibungsrecht

anwendbar wäre. Das britische Recht wurde 1967 liberalisiert, aber nie auf den Norden Irlands ausgeweitet, um die dort herrschenden fundamentalistisch-protestantischen UnionistInnen nicht unnötig zu verärgern.

Reise übers Meer

Während Engländerinnen, Schottinnen und Waliserinnen kostenlose und freie Abtreibungen erhalten können, müssen irische Frauen im Geheimen übers Meer reisen, wo je nach Stadium der Schwangerschaft eine Abtreibung zwischen 500 und 1800 Pfund (700 bis 2500 Franken) kostet. Zwischen 2010 und 2014 sind laut offiziellen Zahlen des britischen Gesundheitsministeriums insgesamt rund 25000 Frauen für Abtreibungen nach Britannien gereist. In dieser Statistik fehlen die selbst oder in anderen Ländern vorgenommenen Abtreibungen. Manche Frauen ziehen die Reise nach Holland oder Belgien vor, weil die Kosten dort wesentlich tiefer sind. Viele proletarische Frauen können sich die Reise schlicht nicht leisten oder können die Kinder nicht abgeben für die Zeit, in der sie weg müssen. Insbesondere für Migrantinnen sind solche Reisen oft undenkbar, sei es wegen fehlenden Ausweispapieren oder anderen (asyl)rechtlichen Einschränkungen. Häufig wird deshalb von Arbeiterinnen, Arbeitslosen und Sozialhilfeabhängigen auf Angebote aus dem Internet zurückgegriffen, um Abtreibungspillen zu bestellen und daheim selber abzutreiben. Die medikamentöse Abtreibung, die im Internet von Gruppen wie «women on web» oder «women help women» angeboten wird, ist im Süden mit hohen Freiheitsstrafen belegt. Bis zu 14 Jahre Knast droht Frauen, die Abtreibungspillen verwenden; hohe Bussen drohen MedizinerInnen, die Frauen entsprechend beraten. Zudem lässt der irische Zoll die Medikamente abfangen. Auch im Norden wird das Einnehmen der Pillen als Vergiftung des Embryos strafrechtlich verfolgt. Mögliche Höchststrafe: Lebenslänglich. Dabei kommt ein Gesetz von 1861 zur Anwendung.

Aktuelle Fälle

2015 sind zwei Fälle von Kriminalisierung aus dem Norden Irlands an die Öffentlichkeit gelangt: Eine Mutter soll für ihre minderjähri-

ge Tochter die Abtreibungspillen besorgt haben, als diese ungewollt schwanger wurde. Aktivistinnen vermuten, dass sie bei der Polizei denunziert wurde, als sie mit ihrer Tochter für eine Nachbehandlung ins Krankenhaus ging. In einem zweiten Fall ist im Dezember 2015 eine 21-jährige Frau angeklagt worden, weil sie für sich selber die Abtreibungspillen im Internet bestellt und genommen haben soll. Die Anklage betrifft die Einnahme und das Beschaffen der Medikamente. Das ist das erste Verfahren seit 40 Jahren wegen einer selbst vorgenommenen Abtreibung. Bis vor kurzem richtete sich die Repression vor allem gegen jene, die andere beim Abtreiben unterstützten. Diesen Februar ist im Alibi-Parlament im Norden Irlands eine Abstimmung für die Ausweitung der Gründe, nach denen eine Abtreibung zulässig wäre, gescheitert an einer Koalition zwischen den evangelikalen Rechtsextremen der DUP und den katholischen SozialdemokratInnen der SDLP. Nach geltendem Recht muss auch ein nicht lebensfähiges oder gar totes Embryo während der gesamten Schwangerschaftsdauer ausgetragen werden; Vergewaltigungen und Inzest sind keine Gründe für eine legale Abtreibung. Diese Praxis wurde im November 2015 durch das höchste Gericht der Kolonie als Verletzung der Menschenrechte beurteilt. Die frauenverachtende Politik bleibt bis auf weiteres auf Kurs.

Protest und Selbstanzeigen

Die beiden laufenden Strafverfahren haben eine neue Protestwelle ausgelöst. In allen grösseren Städten finden Demos und Aktionen statt. Im Sommer 2015 haben 200 Frauen in einem offenen Brief sich selbst der Abtreibung mittels Medikamenten bezichtigt. Einige Frauen haben nach Verurteilung der neusten Verfahren die Polizei aufgefordert, sie zu verhaften. Eine feministische Kampagne veröffentlicht Fotos von Frauen, die dazu stehen, dass sie ins Nachbarland reisten für eine Abtreibung. Seit dem Sommer betwittern hunderte Frauen den Ministerpräsidenten des Südens, Enda Kenny, mit Details zu ihrer Menstruation, weil er ja ihren Körper zu seiner Angelegenheit erklärt habe. Die gemeinsame Forderung bleibt die Abschaffung des achten Verfassungsartikels, die verbindende Parole: repeal the 8th!

Gemeinschaft und Widerstand

Frauen*? !...Kafi des Raums für die Autonomie und das Ferlernen. **Das gegenwärtige Migrationsregime bedingt das Leben von vielen Frauen* auf gewaltvolle Weise. Gemeinschaft und Solidarität bauen, jenseits von kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Teilungspraktiken ist eine Strategie des Widerstands dagegen.**

Das Migrationsregime ist Gewalt an Frauen*, weil es jeden legalen Fluchtweg in die Schweiz verunmöglicht. Der letzte legale Weg in die Schweiz zu flüchten, war bis 2013 über das sogenannte Botschaftsasyl. Über 40 Prozent der Gesuche wurden von Frauen* in CH-Botschaften ihrer Herkunftsländern gestellt. Durch die Abschaffung dieser Einreisemöglichkeit ist die Schweiz mitverantwortlich an den Gräueltaten, die Frauen* auf der Flucht widerfahren. Es drängt sie auf gefährliche Fluchtrouten, auf denen sie von ökonomischer und sexueller Ausbeutung bedroht sind.

Das Migrationsregime ist auch Gewalt an Frauen*, weil es ausser «hochqualifizierten». spezialisierten Arbeitskräften“ keine Möglichkeit der Niederlassung für Frauen* aus Drittstaaten bietet, ausser der Ehe. Dem Grossteil bleibt einzig zu heiraten, um eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten. Aufenthaltsrechtlich wird Frau* somit auf eine Ehefrau reduziert. Seit diesem Jahr ist der Cabaret-Sta-

tus – die letzte Möglichkeit ausserhalb der EU- und EFTA-Staaten eine Arbeitsbewilligung zu erwerben – abgeschafft. Dies drängt Frauen* in die Illegalität und somit in die Rechtlosigkeit. Die Arbeitsbedingungen illegalisierter Frauen* sind prekär: Illegalisierten Hausarbeiter*innen beispielsweise fehlt sozialer und rechtlicher Schutz und die Angst vor einer plötzlichen Ausschaffung ist allgegenwärtig. Dabei erfüllen sie eine Nachfrage, die mit der globalen, kapitalistischen Arbeitsteilung und den hiesigen Geschlechterverhältnissen verbunden ist: Während immer mehr Schweizer Frauen* erwerbstätig sind, hat eine Anerkennung sowie eine Umverteilung der Haus- und Care-Arbeit zu den Männern nicht stattgefunden.

Das Migrationsregime ist Gewalt an Frauen*, weil es Ausbildung, Fähigkeiten und Wissen von Frauen*, die migriert oder geflüchtet sind, aberkennt und somit ungleiche Zugänge zu ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen legitimiert. Die Aberkennung von Fähigkeiten aus rassistischen Motiven ist verbunden mit einer kapitalistischen Logik, die Migrant*innen und Geflüchtete einzig als wirtschaftliche Ressourcen wahrnimmt und somit ihren Einsatz nur in den untersten

Lohnsegmenten vorsieht. Trotz all dieser widrigen Umstände schaffen es viele Frauen*, sich selbstständig durch zu schlagen und finden Wege, sich selbstbestimmt zur Wehr zu setzen. Im Frauen*?!... Kafi versuchen wir an einer Gemeinschaft und an Solidarität jenseits von rassistischen, sexistischen und klassistischen Teilungspraktiken mitzubauen. Dabei geht es darum, widerständige Stimmen gegen die bestehenden Herrschaftslogiken zu stärken, zu verbreiten und Formen des Widerstands zu kreieren. Dazu ist es notwendig, von unterschiedlichen Wissenstraditionen zu lernen, um sich politisch zu bilden. Das Frauen*?!...Kafi ist Teil eines Raumes für Antirassismus und Feminismus. Im Sinne des Raums verpflichten wir uns einer antikapitalistischen, emanzipatorischen Praxis mit radikalem Anspruch. Wir sind Frauen* mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen, aus verschiedenen Gründen in Zürich: geflohen, gereist oder hier aufgewachsen. Politik verstehen wir als Teil unseres Alltags. Ob wir wollen oder nicht, bedingt Politik unser Leben, deswegen wollen und müssen wir uns organisieren, zusammenschliessen, Gemeinschaft bauen und die Stimme erheben gegen patriarchale, rassistische und kapitalistische Strukturen.

Frauen auf der Flucht – Bericht aus Griechenland und von unterwegs

Alexandra. **Alexandra, eine Aktivistin aus Zürich, die in verschiedenen autonomen Frauen_*räumen wie der Frauen_*Bar in der Kernstrasse und einer queer-feministischen Frauen_*gruppe aktiv ist, erzählt von ihrem Besuch in einem Squat in Athen mit einem Frauen_*stockwerk, ihren Erfahrungen und Gesprächen mit Frauen_ auf der Flucht in Idomeni an der griechisch-mazedonsichen Grenze und was Flucht für Frauen_* bedeuten kann.**

Eine Runde von Frauen_* sitzt in einem besetzten Haus im Wohnzimmer. Es gibt Kaffee, Tee, gecontainernten Kuchen und Pistazien. Der Raum ist voll, wir sitzen auf Sofas, die mit Decken wohnlich gemacht worden sind und auf dem Boden und machen es uns bequem. Es wird engagiert diskutiert. Diskutiert darüber, wie die neue anarch_a-feministische Gruppe sich in der Chronologie des Hauses am Besten vorstellen möchte, in 2 Sätzen. Diskutiert wird, ob es notwendig ist, den Begriff «anarch_a-feministische Gruppe» genauer zu erklären und ob daraus klar wird, dass der Frauen_*Stock auch für Menschen, die sich fernab von Gender-Dualitäten bewegen, offen ist. Es wird über die Vorfälle von gestern Abend diskutiert, weil jemand betrunken Grenzen überschritten hat. Es wird viel gelacht und dabei ernsthaft zugehört. Alles so wie immer also, wenn sich anarch_a-Feminist_innen treffen? Fast wie immer, aber eben nicht ganz. Das besetzte Haus ist in Athen im Stadtteil Exarchia und wurde vor einem Monat mit der Idee besetzt, einen Raum zu bieten für Menschen mit und ohne Papiere, die auf ihrer Flucht nach Westeuropa in Athen gestrandet sind und sonst auf der Strasse leben. Ein selbstbestimmter, anarchistischer Ort für Refugees und ihre Unterstützer_innen. Das Haus hat mehrere Stockwerke und im Moment etwa 50 Schlafplätze für Menschen auf der Flucht und Aktivist_innen. Im unteren Stock gibt es eine grosse Küche und einen Aufenthaltsraum für alle, wo jeden Abend miteinander gekocht wird. Es gibt einen Gratis-Laden, Infomaterial zur rechtlichen Lage bezüglich Asyl in Griechenland und zur weiteren Flucht und Duschen. Das Haus wird gemeinsam von Menschen mit und ohne Papiere am Leben erhalten und bewohnt. Das Besondere daran ist, im Haus gibt es auch ein ganzes Stockwerk, welches ein Frauen_*Raum ist und wo Frauen_* mit und ohne Aufenthaltsstatus miteinander leben. Das ist in Griechenland, so erzählen mir die anderen Frauen_* in der Runde, etwas, was es sonst nicht gibt und es fühlt sich befreiend an. Die Runde der Frauen_* ist bunt gemischt: Frauen_* aus Lesben-Gruppen; Queer- und Trans-Aktivist_innen; migrantische Frauen_*; Frauen_*, die zuvor noch nie das Wort anarch_a-feministisch gehört haben; Frauen_*, die in erster Linie einen Schlafplatz suchen und Frauen_*, die seit Jahren Teil der starken, militanten, anarchistischen Bewegung Griechenlands sind. Ich sitze mittendrin und versuche Sara, einer Frau_* aus Marokko, gerade zu übersetzen, dass jemand gesagt hat, es sei wichtig, dass wir den Raum auch für Trans-Menschen und Menschen, die jenseits der Gendernormativität leben, offen halten. Ich bin überfordert. Wie erkläre ich Sara das erstens auf Französisch und zweitens in möglichst einfachen, klaren Worten, ohne die Komplexität zu verlieren? Es gelingt mir nicht - ich bin aber zufrieden als sie meint: «Ah, c'est pas nécessaire de se décider si vous êtes homme ou femme, vous pouvez être les deux». Genau, irgendwie so haben wir das gemeint. Ein offener, hierarchieflacher Raum, der die Beteiligung aller Frauen_* ermöglicht, bedeutet in diesem Kontext und dem Aufeinanderprallen von verschiedenen Lebensrealitäten eine grosse Herausforderung und eine stetige Auseinandersetzung mit unseren eigenen Privilegien und Sozialisierungen und sehr viel Erklärungen, wie wir was genau meinen – alles Dinge wofür hier auf Grund der Lage kaum jemand Zeit hat, aber ohne geht es auch nicht.

In Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze

Der Abend in Athen ist mein letzter Abend nach fast fünf Wochen im Balkan, wo ich über Kroatien, Serbien und Mazedonien in Griechenland gelandet bin, genauer in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze. Im Grenzort Idomeni kommen täglich zwischen 600 und 5000 Menschen an, welche die Grenze nach Mazedonien passieren wollen. Da mittlerweile nur Menschen aus Syrien und Irak nach Mazedonien gelassen werden, ist die Situation von Menschen anderer Herkunftsländer, meistens Afghanistan, Iran, Marokko oder Pakistan, besonders

schwierig und prekär. Sie bleiben an der der Grenze stecken, leben tagelang im Wald und versuchen die Grenze zu Fuss zu überwinden, um dann nach sechs bis zehn Tagen Marsch nach Serbien zu kommen. Ein weiterer Zwischenhalt ihrer langen Reise nach West-Europa. Dabei erleben die Flüchtenden Polizeigewalt, Kälte, Hunger, Informationsmangel und eine grosse Hoffnungslosigkeit. Unsere Unterstützung ist kaum mehr als ein sehr kleiner Tropfen, aber ermöglicht es dem einen_ oder der anderen_, die Flucht zu schaffen. Die Flucht in eine noch ungewissere Zukunft in Westeuropa. Auch geschehen Öffnung und Schliessung der Grenze sowie die Aussortierung der Menschen, welche die Grenze eigentlich legal passieren können, oft nach dem Zufallsprinzip. Es gibt mittlerweile strenge Kontrollen der Papiere, Sprachchecks und ein langer Fragebogen mit genau drei richtigen Antworten. So bleiben auch die Menschen, welche die Grenze theoretisch passieren können, oft tagelang im Camp in Idomeni oder an einer Tankstelle im Nirgendwo stecken. Autonome Gruppen kümmern sich nun bereits seit Monaten um die Verteilung von Kleidern, Tee, Essen und Informationen; sowie um die Überwachung der Praktiken der Grenzpolizei, sowohl an der Tankstelle, im Camp, als auch im Wald. Die Unterstützer_innen selber werden vom griechischen Staat dabei immer mehr kriminalisiert und in der Arbeit behindert, durch Personenkontrollen, Hausdurchsuchungen und Überwachung. Es ist vor Ort spürbar, dass die Grenzen der Festung Europa immer unüberwindbarer werden. Doch was bedeutet dies insbesondere für Frauen_*?

Frauen_* auf der Flucht

Unter den Menschen auf der Flucht gibt es immer mehr Frauen_*. Gemäss Zahlen von Ende Januar 2016 des UNHCR sind fast 60 Prozent der Menschen, die auf einer der griechischen Inseln ankommen, Kinder und Frauen_*. Letzten Sommer waren es nur 30 Prozent, es hat also immer mehr Frauen_*, welche die gefährliche Reise nach Westeuropa auf sich nehmen, oft mit ihren Kindern. Flucht birgt für Frauen_* andere Gefahren und Realitäten. Darüber wird wenig geredet und noch viel weniger geschrieben. Ich habe im Verlauf der letzten Wochen viele Gespräche mit Frauen_* geführt, in Serbien, in Griechenland, in Idomeni an der Grenze und in Athen. Die Geschichten ähneln sich. Die Frauen_* erzählen von Gewalt, sexueller Belästigung und Angst. Sie werden bedroht und belästigt von Mitreisenden, der Polizei, Schmuggler_innen und ihren eigenen Familien. Gleichzeitig lastet eine riesen Verantwortung auf ihnen, da sie oft alleine für die Kinder verantwortlich sind und das ganze Familienvermögen auf sich tragen, da landläufig geglaubt wird, es sei sicherer bei Frauen_*. Aysa erzählte mir im «Médecins sans Frontières»-Camp in Idomeni, dass sie sich hier nicht sicher fühlt, weil sie in einem grossen Zelt mit vielen Männern schläft. Sie berichtet, wie sie bereits mehrmals in der Nacht aufgewacht ist und eine Hand an ihrer Brust hatte, oder wie wildfremde Männer sie, wenn sie nachts auf die Toilette geht, belästigen. Fast entschuldigend meint sie: «Aber warum sollte es hier auch anders sein als da, wo ich herkomme oder überall in der Welt». Ich denke mir, sie hat Recht, strukturelle Gewalt gegen Frauen_* ist Teil unserer Realität, Teil unser patriarchalen Welt. Jedoch ist die Situation der Frauen_* auf der Flucht geprägt von noch mehr Bedrohung und Strukturen, die sie unterdrücken als meine eigene privilegierte Situation. Frauen_* auf der Flucht stehen zum Beispiel oft vor der schweren Wahl, sich entweder alleine oder in Frauen_*Gruppen der (sexuellen) Gewalt auszusetzen oder sich Männern_* anzuschliessen, die sie «beschützen», aber gleichzeitig auch viel Macht ausüben können, was zu mehr (sexueller) Gewalt oder Unterdrückung führen kann. So oder so sind sie nicht sicher und leiden darum oft stärker unter den Strapazen der Flucht, weil sie kaum schlafen, sich ständig um Kinder kümmern und 24h pro Tag in Alarmbereitschaft sein müssen, um sich selber zu schützen. Frauen_*, die keine irakischen



oder syrischen Papiere haben und nicht im staatlichen Korridor reisen können, sondern systematisch an den Grenzen weggewiesen, verhaftet und möglicherweise abgeschoben werden, erleben diese Realität noch einmal härter. Schmuggler_innen erpressen die illegalisierten Frauen immer wieder dazu, Sex mit ihnen zu haben, damit die Reise günstiger wird, damit die Reise weitergeht, oder einfach weil sie ihre Macht ausnützen. Viele der illegalisierten Frauen sind gezwungen, auf der Strasse zu schlafen – ein unsicher Ort und sie werden, wenn sie von der Polizei aufgegriffen werden, mit noch mehr Gewalt konfrontiert, beraubt und geschlagen. Viele der Frauen_* sind schwanger. Es kommt erschwerend dazu, dass es untern den Illegalisierten sehr wenig Frauen gibt, was es ihnen fast verunmöglicht, sich gemeinsam zu wehren und einander zu schützen. Genau aus diesen Gründen sind Strukturen wie der Frauen_*Raum des Squats in Athen so wichtig. Sie geben Frauen_* die Möglichkeit, sich auszutauschen, über Gewalterfahrungen zu reden und bieten einen sicheren Ort, wo sie etwas zur Ruhe kommen können. Dabei macht in gewissen Bereichen wenig Unterschied, ob die Frauen_* Papiere haben oder nicht, ob sie Aktivist_innen oder Flüchtende sind. Die Gewalterfahrungen teilen wir, wenn sie sich auch in Stärke und Frequenz unterscheiden, wir teilen die Wut gegenüber der Unterdrückung, die Ohnmacht gegenüber den patriarchalen Strukturen und die Solidarität, die wir füreinander haben. Mir gibt das viel Energie weiter zu kämpfen – für mich und mit den Frauen_* auf der Flucht. Falls du gerne in Griechenland anpacken möchtest, auch um mehr Frauen_* Strukturen aufzubauen oder die Räume, die in Athen und Idomeni bestehen, finanziell unterstützen möchtest, melde dich bei Alexandra@ungehorsam.ch, die dich gerne mit Frauen_* vor Ort verbindet.

DAS WORT FRAUEN_* WIRD BEWUSST SO GESCHRIEBEN, UM ZU ZEIGEN, DASS ES SICH DABEI UM EIN SOZIALES KONSTRUKT HANDELT, DIE AUTORIN ABER MIT DER UTOPIE LEBT, DASS WIR UNS LOSLÖSEN MÜSSEN VON ZWEIGESCHLECHTLICHKEIT UND DEN DAMIT VERBUNDENEN PATRIARCHALEN STRUKTUREN.

Ronja raubt Räume

«Wir wollen Platz! Wir wollen Platz und weil er uns nicht gemacht wird, machen wir ihn uns selbst. Wir nehmen nicht den Platz ein, den die Gesellschaft uns geben will. Wir lassen uns nicht an den Rand drängen, minimalisieren, marginalisieren. Wir wollen auch keinen neuen Platz in der Gesellschaft – vielmehr wollen wir eine neue Gesellschaft. Eine solidarische, offene, herzliche, mutige, witzige, träumerische, kämpferische, in der alle sein dürfen, weil es keine zugeordneten Plätze mehr gibt. Also geben wir uns selbst eine Struktur, organisieren uns selbst und geben uns den Platz, den wir zum Atmen, Leben, Träumen und Denken brauchen. Solidarische Raumnahme von uns für jede*!»

So gibt eine lose Gruppe aus queer_feministischen FLTI*Anarchas namens Ronja die Besetzung der Waldheimstrasse 49 in Bern bekannt. Das Waldheim soll ein Raum sein, in dem sich alle FLTI*Menschen Platz nehmen dürfen. Im Vordergrund stehen hierbei kollaborativ-partizipative Strukturen, alle FrauenLesbenTransInter*-Menschen werden aufgerufen, das Programm mitzugestalten und die Räume nach ihren Wünschen und Ideen zu nutzen.

Frauen als Retterinnen der AHV?

Revolutionärer Aufbau. **Das Parlament berät derzeit die vom EDI unter der Leitung von Bundesrat Berset vorgeschlagene Rentenreform «Altersvorsorge 2020». Ein klarer Angriff ist die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre – aber genau darüber herrscht in den beratenden Gremien mehrheitlich Konsens.**

Bereits mehrfach sind AHV-Reformen an der Urne gescheitert. Da die gesamte Schweizer Stimmbevölkerung davon betroffen ist, regt sich bei Kürzungen in diesem Bereich wesentlich mehr Widerstand als beispielsweise beim Sozialabbau bei der Invalidenversicherung, von dem «nur» 260000 Personen betroffen sind. Bei der anstehenden Reform «Altersvorsorge 2020» ist das nicht anders. Das Stimmvolk wird nicht differenziert über einzelne Punkte der Reform entscheiden können, sondern nur «Ja» oder «Nein» stimmen. Bei einem «Nein» müsste die Arbeit ganz von vorne beginnen und das wollen sämtliche Parteien verhindern – die Frage ist nur wie.

Zuckerbrot und Peitsche à la SP

Wie viele Konzessionen für dieses «Ja» gemacht werden müssen, darum geht es in der aktuellen Debatte. Bei dieser Ausgangslage haben reformistische Kräfte in den Parlamenten durchaus eine Chance, sich Gehör zu verschaffen, wie sich im Ständerat gezeigt hat. So hat die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit, welche das Dossier als erste beriet, den Vorschlag aus dem Departement des SP-Bundesrates Berset nicht verschärft, sondern sozialer gemacht. Das ist mutmasslich dem Einsatz des aufrechten Reformisten Paul Rechsteiner zu verdanken, aber zu einem grösseren Teil der Angst, dass das ganze Paket scheitern könnte, wenn es neben der Peitsche nicht auch Zuckerbrot gibt. So schlägt der Ständerat neben der Erhöhung des Frauenrentenalters Kürzungen bei der Pensionskasse vor. Die für tiefe Löhne wichtigere AHV wird jedoch nicht angetastet, sondern verbessert. Auch bei der Finanzierung ist der Ständerat sozialer als Berset, so soll die Mehrwertsteuer um 1 Prozent statt 1,5 Prozent erhöht werden und der Bund soll finanziell nicht weniger in der Pflicht stehen als bisher.

Blutige Peitsche à la FDP

Der Nationalrat, der nun über die Vorlage beraten soll, wird wohl eine andere Taktik anwenden.

FDP und SVP werden dafür sorgen, dass die Vorlage wieder verschärft wird und setzen darauf, dass die Stimmbevölkerung es nicht wagen wird, «Nein» zu stimmen. Das ist konfrontativer: «Ihr müsst «Ja» sagen, oder ihr verliert alles!». Es zeigt, dass die seit Jahren andauernde Propaganda über den drohenden Zusammenbruch der AHV gewirkt habe. Demnach setzen FDP und SVP darauf, dass die Abstimmenden nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach» einem radikalen Sozialabbau bei der Rente zustimmen werden.

Äusserst problematisch ist, dass der Arbeitgeberverband im Nationalrat eine Schuldenbremse vorschlagen wird. Diese sieht vor, dass, wenn das Vermögen der AHV unter einen bestimmten Stand sinkt, die Regierung sanieren müsse, ansonsten würde das Rentenalter automatisch auf 67 Jahre erhöht. Damit stünde die Erhöhung des Rentenalters im Gesetz und würde durch die Hintertür Realität. Wenn die FDP ihre alte Forderung tatsächlich so nebenbei in die Vorlage reinschreiben will, riskiert sie tatsächlich den Widerstand der Gewerkschaften und der SP. Das scheint ein Wagnis. Historisch betrachtet ist es der Sozialdemokratie oft besser gelungen, Sparprogramme durchzusetzen. Entsprechend äussert sich der andere Interessensverband des Kapitals, Economiesuisse, beispielsweise besorgt über die Tatsache, dass ein ganzes Paket zur Abstimmung kommt und nicht einzelne Teile davon. Natürlich steht die Economiesuisse auch für einen konzessionslosen Sozialabbau. Dieser würde dem Kapital bei der Ablehnung eines Gesamtpakets aber viel härter auf die Füsse fallen als im Falle der Ablehnung von Teilbereichen. So sieht Economiesuisse die Erhöhung des Frauenrentenalters als vordringliches Problem, welches nun ohne Konzessionen durchzubringen sei, um dann weitere «Reformen» anzugehen.

Konsens beim Frauenrentenalter

Tatsächlich herrscht nur in der Frage der Erhöhung des Rentenalters der Frau Harmonie in den be-

ratenden Gremien. Die Meinung scheint dermassen einhellig zu sein, dass gar nicht viele Worte darüber verloren werden. In den Vernehmlassungstexten taucht gelegentlich auf, dass Frauen bei gleicher Arbeit tiefere Löhne haben und es deshalb ein bisschen «ausgleichende Gerechtigkeit» wäre, ein Jahr früher in Rente zu gehen. Aber die Umfrageresultate zeigen eine grosse Akzeptanz der Erhöhung, weshalb ReformistInnen diesen Kampf nicht ernsthaft in Angriff nehmen.

Gebären gegen die Krise?

Der konfrontative Kurs ist nicht ohne Chance und wird seit Jahren propagandistisch vorbereitet, indem Angst geschürt wird: Es wird uns eingebleut, dass die AHV kaputt gehe, wenn nicht sofort gespart werde. Die demografische Zeitbombe, wonach demnächst ganz wenige Arbeitende ganz viele RentnerInnen zu finanzieren haben, wird in den Medien breitgetreten. Schuld an der heraufbeschworenen Bedrohung der AHV wären demnach nicht die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt, sondern die Frauen, die notorisch zu wenige Babys gebären. Am Stadtrundgang zur AHV von 2007 haben wir deshalb gesagt: «Die kapitalistische Krise lassen wir uns nicht in die Gebärmutter schieben». Demographie mag zwar eine Wissenschaft sein, aber sie ist politisch motiviert. Während den Frauen des Trikonts vorgeworfen wird, sie hätten zu viele Kinder, geschieht in Europa das Umgekehrte. Beides mit Absicht. Denn für die Geburtenrate ist ja praktischerweise nicht der Kapitalismus verantwortlich, sondern die Frau. Ein Ablenkungsmanöver. Die Politik könnte die AHV sehr einfach retten, wenn sie progressiv wäre. Aber dafür müsste das Finanzierungsmodell verändert werden. Es ginge darum zu entscheiden, dass die Alten grundsätzlich ein Recht auf Rente haben und dieses staatlich garantiert wird. Denn die AHV und ihr Umlageverfahren sind bei der heutigen Finanzierung wohl tatsächlich bedroht, auch wenn es sehr viel stärker an der Arbeitslosigkeit als am Geburtenrückgang liegt.

«Altersvorsorge 2020»

Der Ständerat hat die Rentenreform «Altersvorsorge 2020» beraten und in einigen Punkten die Vorlage aus dem Bundesrat etwas entschärft. Nun geht das Dossier an den Nationalrat zur Beratung – dieser wird es mutmasslich wieder verschärfen. Der aktuelle Stand ist:

- Das Frauenrentenalter wird auf 65 Jahr erhöht, das Eintrittsalter flexibilisiert. Alle sollen im Alter zwischen 62 und 70 in Rente gehen können.

- Der Ständerrat fordert eine Erhöhung der AHV-Renten zum Ausgleich für die Kürzungen bei der Pensionskasse. Die Eintrittsrenten generell um CHF 70.- und der Plafond von Ehepaarrenten von 150 auf 155 Prozent.

- Witwen- und Waisenrenten werden nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen abgebaut.

- Bei der Pensionskasse wird wie vorgeschlagen der Umwandlungssatz von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt. Der Koordinationsabzug (das Jahresgehalt, ab welchem Pensionskasse bezahlt werden muss) wird aber nicht wie vorgeschlagen ganz gestrichen, sondern gesenkt. Und es wäre neu ab dem 21. Altersjahr BVG einzubezahlen.

- Die Finanzierung soll über zusätzliche 0,3 Lohnprozente, die wie üblich zwischen Arbeitenden und Betrieb geteilt werden sowie über ein zusätzliches Prozent Mehrwertsteuer erfolgen. Der Bundesrat hatte 1.5 Prozent höhere MwSt vorgeschlagen. Auch das bereits existierende «Demografieprozent» der Mehrwertsteuer soll vollumfänglich der AHV zukommen. Die Vorlage von Berset sah vor, die Beteiligung des Bundes an der AHV von 19,5 auf 18 Prozent zu kürzen, was der SR abgelehnt hat.

Politische Gefangene: Bundesanwaltschaft stützt sich auf Erkenntnisse aus der Türkei

Gitta Düberthal. **Mitte April 2015 wurden in vier europäischen Ländern – auch in der Schweiz – türkische linke Oppositionelle verhaftet. Neun von ihnen sitzen seitdem in bayerischen Gefängnissen, darunter auch Dilay Banu Büyükcavci. Ein Gespräch mit ihrem Rechtsanwalt Yunus Ziyal aus München.**

Am 18. Januar hat die Generalbundesanwaltschaft Ihnen die Anklageschrift zugestellt. Was wird ihr vorgeworfen?

Dilay Banu Büyükcavci, die als Psychologin im Klinikum Nürnberg Nord tätig war, wurde damals zusammen mit ihrem Lebensgefährten Sinan Aydin festgenommen. Er sitzt im Gefängnis in Kaisheim, sie in München-Stadelheim. Alle neun Inhaftierten sind in unterschiedlichen bayerischen Gefängnissen. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen vor, entweder Mitglied der Kommunistischen Partei der Türkei/ Marxistisch-Leninistisch, TKP/ML, zu sein oder sie zu unterstützen. Sie sollen das Auslandsbüro in Deutschland unterhalten haben. Nach Paragraph 129, Absatz a und b, wird ihnen wegen «Bildung einer ausländischen terroristischen Vereinigung» der Prozess gemacht. Verfahren danach funktionieren in der Regel so, dass Beschuldigten keine konkreten Taten zur Last gelegt werden. Im speziellen Fall wird absurd weit ausgeholt: Aktionen werden der Organisation TIKKO zugerechnet, und letztere wiederum wird in der Türkei als illegaler bewaffneter Arm der TKP/ML gewertet. Sie selber haben also weder Anschläge

noch irgendwelche anderen Straftaten verübt. Akribisch aufgelistet wird ihnen in der etwa 300seitigen Anklageschrift etwa zugeordnet, Spenden sammelt oder Veranstaltungen organisiert zu haben. Bemerkenswert in dem Zusammenhang: Einige der Beschuldigten waren in der Türkei bereits inhaftiert. Weil sie dort aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der TKP/ML verfolgt wurden, hatten sie in Deutschland Asyl erhalten. Nun aber sitzen sie aus dem gleichen Grund hierzulande wieder im Gefängnis.

Der Paragraph 129 wird als Gesinnungsparagraph kritisiert. Was ist aus Ihrer Sicht dazu zu sagen?

Zunächst ist im Verfahren nachzuweisen, ob die genannten Aktivitäten so überhaupt stattgefunden haben. Unabhängig davon ist in der Tat problematisch, dass für eine Verfolgung nach dem Paragraphen 129 b der Bundesjustizminister sein Okay geben muss. Ein Teil der Bundesregierung trifft also die Entscheidung, ob der deutsche Staat politische Aktivistinnen und Aktivisten als angebliche Terroristen im Ausland verfolgt oder sie als Freiheitskämpfer ansieht. Eine solche Meinung kann jedoch jederzeit plötzlich umschwenken.

Unter Recep Tayyip Erdogans AKP befindet sich die Türkei bekanntermassen derzeit im Krieg gegen Teile der eigenen Bevölkerung. RegierungskritikerInnen, JournalistInnen, Intellektuelle und PolitikerInnen verschwinden in Gefängnissen Inwiefern spielt die aktuelle politische Situation im Verfahren eine Rolle?

Seit 2012 wird gegen die Beschuldigten ermittelt; seit fast einem Jahr sind sie in Haft. Dennoch sollte die Verfasstheit des türkischen Staates im Verfahren Thema sein. Seit langem werfen kritische Stimmen die Frage auf, ob der türkische Staat als Rechtsstaat noch insoweit funktioniert, dass es Oppositionellen überhaupt möglich ist, sich zu wehren. Das Verfahren stützt sich obendrein auf Erkenntnisse der türkischen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden, die diese im Rahmen von Rechtshilfeersuchen und -abkommen dem deutschen Staat zur Verfügung stellen. Wir Anwälte sind gespannt, wie im Verfahren erörtert wird, auf welche Weise Erkenntnisse der türkischen Behörden überhaupt zustande gekommen sind; ob sie demzufolge rechtlich überhaupt verwertbar sein werden.

Feministisch agieren – das Patriarchat traktieren

Frauen*LesbenKasama. **Das Patriarchat ist ein Gesellschaftssystem, welches auf Krieg, Ausbeutung und Herrschaft beruht und in welchem gleichwertige Vielfalt keinen Platz hat. Gerade in Zeiten, in welchen soziale Errungenschaften angegriffen werden und ein Wiedererstarken patriarchaler Werte stattfindet; gerade in Zeiten, in welchen rassistische Hetze gegen MigrantInnen salonfähig wird; gerade in Zeiten, in welchen Kriege überall aus verschiedenen Machtinteressen provoziert und geführt werden – ist es umso dringender, die feministische Selbstorganisation weiter voran zu treiben und Widerstand aufzubauen.**

Am Anfang der zweiten Frauenbewegung (Ende Sechzigerjahren) stand der radikale Feminismus, der postuliert, dass die Unterdrückung der Frauen* die fundamentalste Form der Unterdrückung ist, weil sie in allen Gesellschaftsformen tief verankert ist. Daraus lässt sich ableiten, dass das System nicht verbesserungsfähig ist: Die Strukturen müssen grundlegend verändert werden, damit das Patriarchat überwunden wird.

Patriarchat

Das Patriarchat ist geprägt durch Dominanz, Hierarchie und Wettbewerb. Es basiert auf der Kontrolle über die weibliche Sexualität, auf dem Prinzip der ökonomischen Ungleichheit (Kapitalismus), auf Profit, auf der Zerstörung der natürlichen Ressourcen, der Unterteilung in Wertvolles und Wertloses, auf der Einteilung in Gebildete und Unwissende, auf bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Reproduktionsarbeit (Care-Arbeit), auf Siegern und Besiegten und auf der systematischen Organisation von Gewalt. Das Patriarchat produziert Reiche und Arme, Besitzende und Besitzlose und ist auf einen aggressiven Nationalismus angewiesen. Nicht zuletzt basiert das Patriarchat auf der Dominanz der Ökonomie gegenüber der Ökologie.

Rassismus

Das Patriarchat kennzeichnet ebenso eine rassistisch organisierte HERRschaftsform. So lässt sich wiederum die Welt in Zivilisation gegen Barbarei, die Guten gegen die Bösen, die entwickelten Staaten gegen die unterentwickelten usw. aufteilen. Dort die Unzivilisierten, hier die Zivilisierten in bester kolonialistischer Manier. Diese Selbstverständlichkeit, dass «wir, die westliche Welt» etwas Besseres sind und darum mehr wert sind, drückt bei den meisten Abstimmungen durch: So dürfen zum Beispiel im Namen der Rettung von Arbeitsplätzen in der Schweiz Waffen wieder in Kriegsgebiete exportiert werden. (Die Schweiz ist auf Platz 14 der Waffen-exportierenden Länder weltweit.)

Herrschaftsmechanismen sind entlang der Verwertungslogik ineinander verflochten wie ein loses Netz, mit mal engeren, mal weiteren Maschen. Eine schwarze Frau wird anders unterdrückt als eine weisse Frau, eine lesbische Frau macht wiederum andere Erfahrungen usw. In dieser Logik werden auch Unterdrückte gegeneinander ausgespielt. So bemühen Kriegstreiber gerne Frauenrechte, um ihre mörderischen Interventionen zu rechtfertigen. Wir erinnern uns noch zu gut, wie der Westen plötzlich die Frauen* in Afghanistan befreien wollte, indem er sie bombardierte. Sie wurden als wehrlose, schutzbedürftige Opfer dargestellt – und wurden nie um ihre Meinung gefragt.

Diese Haltung ist auch hoch im Kurs, um rassistische und islamophobe Ressentiments zu schüren (Stichwort Kopftuch- und Burkaverbot) oder im Abwehrkampf gegen Flüchtlinge (Stichwort Köln, aber auch das altbekannte Stereotyp des potenten schwarzen Mannes). Sexismus dient zur Legitimation von rassistischer Hetze.

Das Problem ist nicht, ob die Täter weiss, gebildet oder mit einem Aufenthaltsstatus versehen sind. Das Problem ist, dass die Gesamtgesellschaft Sexismus begünstigt, Täter freispricht, die Tat bagatellisiert, nicht eingreift und den Frauen* Verhaltensmassnahmen vorschreibt, ohne sie selber zu Wort kommen zu lassen.

Der rassistische Diskurs lautet «die anderen und unsere Frauen», gemeinsam ein neues vereintes «wir gegen die Frauenfeinde», die ändern, die von aussen kommen. Dabei wird tunlichst vergessen, dass bei Massenevents sexuelle Gewalt dazugehört. Diese begründet sich weniger in Nationalitäten der Täter, als in der Normalität des Sexismus und seiner ökonomischen Verwertung. Das Problem sind nicht die Migranten, sondern der Sexismus. Feminismus muss sich antirassistisch äussern!

Sexismus bleibt Alltag

Sexismus schreibt über das Geschlecht die gesellschaftliche Stellung vor. Damit werden nicht nur tiefere Löhne gerechtfertigt. Es werden vor allem Rollenbilder geprägt und zementiert. Wie haben sich beispielsweise die Frauenbilder in der Werbung in den letzten 30 Jahren verändert? Wir erkennen eine deutliche Sexualisierung, die als «Freiheit» verkauft wird und dadurch eine ständige Verfügbarkeit für jedermann suggeriert. Auch wenn heute eigentlich klar ist, dass auch Frauen* klug und stark sind, sollen wir weiterhin auf diese sexistischen Rollen und Bilder reduziert werden.

Normalität des kapitalistischen Patriarchats

Die Werbung zeigt auch berufstätige Frauen*, die trotz langer Arbeitszeiten, Beruf und Familie mühelos vereinbaren, es locker schaffen immer perfekt auszusehen, immer perfekt zu kochen und putzen, mit perfekter Küche und Putzmittel natürlich. Das Bild der perfekten Familie ist nicht mehr dasselbe wie vor fünfzig Jahren; doch es wird immer noch aufdringlich suggeriert, dass das Glück der Frau in der heteronormativen Kleinfamilie zu finden ist.

Auch wenn weisse Mittelschichts-Frauen, die an ihrer Karriere feilen möchten, einen Teil der Hausarbeit anderen, meist migrantischen Frauen* delegieren, so bleibt die Verantwortung für den Haushalt bei der Frau – die dann auch noch dankend lächeln muss, wenn der Partner was beiträgt. Die Zahlen sprechen für sich: Im Schnitt leisten Frauen* fast doppelt so viel Hausarbeit als Männer. Diese Gratisarbeit wird vom Bundesamt für Statistik auf rund 8,7 Milliarden Stunden pro Jahr beziffert und würde, wäre sie ausgelagert, rund 267 Milliarden Franken kosten.

Kriege und reaktionäre Wende

Gerade in Zeiten von Krisen und (geschürten) Ängsten wird vermehrt auf patriarchale Werte und klassische Rollenbilder zurückgegriffen. Kombiniert mit den oben erwähnten, rassistischen Polarisierungen, ist das ein fruchtbarer Boden für die Zunahme und Suche nach religiösen Erklärungsmustern.

Der Ton wird schärfer. Bedrohungsszenarien, Sicherheitswahn und Kriegsrhetorik werden hochgefahren, um eine Militarisierung des öffentlichen Raumes zu rechtfertigen, der letztendlich zu einer Militarisierung der Köpfe führt.

Der strukturelle Zusammenhang zwischen Männlichkeit, Patriarchat und Krieg bildet den Ausgangspunkt für eine radikale HERRschaftskritik. Krieg ist dieser Perspektive zufolge lediglich die extremste Form patriarchaler Gewalt.

Durch Militarisierung und Zerstörung sozialer Strukturen nimmt offene Gewalt gegen Frauen* auch ausserhalb des unmittelbaren Kriegsgeschehens zu. Es ist leider eine Tatsache, dass häusliche Gewalt in Kriegszeiten zunimmt, und zwar sowohl in der Kriegsregion, als auch wenn die Männer, oft vom Kriegsgeschehen traumatisiert, nach Hause kehren und versuchen müssen, sich im Alltag wieder einzuleben.

Die Gewalt, die im sogenannten Privaten in Friedenszeiten stattfindet, hängt eng mit den geschlechtsspezifischen Gewaltformen des Krieges zusammen, so dass zwischen sexualisierter Gewalt im Krieg wie im Frieden nur ein gradueller Unterschied besteht. Sexistische Alltagsstrukturen und sexualisierte Kriegsgewalt scheinen sich dabei wechselseitig zu bestärken. So gehören Vergewaltigung im Krieg zu den systematischen Mitteln der Kriegsführung, da sie eine (symbolische) Erniedrigung des männlichen Gegners ermöglichen und gleichzeitig eine klare Botschaft an die Frauen* aussendet: «Begehrt ja nicht auf! Werdet nicht zu handelnden Subjekten».

Kriege und gewaltförmige Konflikte sowie deren mediale Vermittlung haben Auswirkungen auf



die Gesellschaft und die jeweils vorherrschende Geschlechterordnung. Es herrscht ein Kontinuum der Gewalt gegen Frauen* sowohl in Kriegs- wie auch Friedenszeiten. Die kurdische Frauenbefreiungsbewegung definiert diesen Zustand als Vergewaltigungskultur (oder Gewaltkultur) und setzt dagegen auf die Frauenbefreiungsideologie (Jineologie, mehr dazu an der Frauenakademie vom 6. März, siehe Agenda).

Autonomie der Frauenbewegung

Da das Patriarchat nicht reformierbar ist, erreichen Frauen* wenig, wenn sie für ihre Forderung nach Gleichberechtigung und Emanzipation auf patriarchale Zusammenhänge setzen, wie dies der liberale(bürgerliche) Feminismus tut. Ihre Forderungen wurden und werden wirtschaftspolitisch instrumentalisiert. Es handelt sich hierbei um eine verkürzte Idee der Gleichstellung, nämlich die politische Forderung nach Teilhabe am patriarchalen System.

Der radikale Feminismus ruft deshalb dazu auf, auf die eigenen Kräfte zu bauen, das heisst autonome feministische Organisationen voranzutreiben. Der Begriff der Autonomie der Frauenbewegung meint die Selbstorganisation unabhängig von Männern, unabhängig von Parteien und vom Staat.

Auch linke Organisationen und Bewegungen sind nicht frei von Sexismus. Frauen* werden so lange geduldet, solange sie «mackrige» Verhaltensweisen nicht kritisieren oder sich dem auch in der Szene herrschenden Schein und Sein nicht entziehen. Bei Übergriffen gegen Frauen* in den Bewegungen sind die Verhaltensweisen meist nicht anders als in der Gesamtgesellschaft: Schuldzuweisung an die Betroffene, Täterschutz, Warten, Aussitzen und Hoffen, dass die Betroffene die Struktur verlässt, damit die als «richtig» politisch bezeichneten Inhalte weiterverfolgt werden und Gras über die Gewalttat wächst.

Frauen* bildet Banden – organisiert euch!

Trotz der weltweit brutalen Realitäten sollten wir den Blick auf unsere Wünsche, Bedürfnisse und Visionen nicht verlieren. Lassen wir uns nicht erdrücken, sondern wehren wir uns, indem wir für eine Welt kämpfen, die nicht nach Geld, Leistung und Profit strebt und die sich nicht über patriarchale Gewalt und entlang HERRschaftssichernden Grenzen organisiert. Wir wollen eine Gesellschaft, die von allen Menschen – unabhängig ihrer Herkunft und ihres Geschlechts – mitbestimmt wird, und in der alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb braucht es eine starke feministische Selbstorganisation, in der Frauen* eigenständige Denk- und Handlungssysteme aufbauen und ihre eigenen Vorstellungen von Befreiung entwickeln.

Neues Buch von irischer Anti-Kriegs-Oma

Margaretta D'Arcy, die heute 82 Jahre alte, irische Schauspielerin, Regisseurin und linke feministische Aktivistin, hat ein neues Buch geschrieben. Es heisst «Ireland's Guantanamo Granny» - der geschmacklose Name ist eine Erfindung der Medien. Es erzählt die Geschichte der letzten Jahre, während denen ihre GenossInnen und sie gegen die Nutzung des Flughafens Shannon durch das US-Militär kämpften, indem sie vor die Transportflieger rannten und wie sie dafür im Alter von 79 Jahren zwei Mal in den Knast wanderte. Es war nicht ihr erstes Mal im Knast, aber sie war wohl für einige Zeit die älteste gefangene Frau in Europa und dieser Umstand führte zu mehr internationalem Medien-Rummel. Der war zwar peinlich für die irische Regierung, aber änderte nichts daran, dass die Kriegsmaschinerie der USA den Flughafen nutzt, sei es für das Verschleppen von Gefangenen in die geheimen CIA-Gefängnisse, sei es für das Verschieben von Truppen und Waffen in die Kriegsgebiete in Afrika und Asien. Ein Kurzfilm zur Buchbesprechung ist zu finden unter: vimeo.com/connollymediagroup

Sexarbeit zwischen Stigmatisierung und Selbstbestimmung

Revolutionärer Aufbau. **Wie und wo Sexarbeit stattfindet und welche Menschen sie anbieten dürfen, ist immer auch eine Frage der momentanen ökonomischen und politischen Verhältnisse – also auch eine Frage von Klassen- und Geschlechterverhältnissen.**



«Alles, was stört» und sich nicht marktoptimierend in die städtischen Strukturen einbinden lässt, wird vertrieben. Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt nicht verwertbar sind, werden abgeschoben. Da haben prekariisierte SexarbeiterInnen keinen Platz in Downtown, Menschen aus dem Trikont keinen Platz in der Schweiz. Keinen Platz mehr am Zürcher Sihlquai haben seit August 2013 mehrere hundert SexarbeiterInnen. Die Auflösung des Strassenstrichs und die Verlagerung der Sexarbeit auf den Strichplatz am Depotweg in Zürich-Altstetten bedeutete für viele ArbeiterInnen eine massive Änderung ihrer Arbeitsbedingungen.

Historisch gesehen gab es unterschiedliche Orte, an denen Sexarbeit stattfand. In den letzten Jahren ist eine deutliche Verlagerung des Angebots der sexuellen Dienstleistungen vom öffentlichen in den geschlossenen Raum erkennbar. Kontrolliert wird am effektivsten im reglementierten und eingegrenzten Rahmen und die Arbeit sollen definierte Personengruppen leisten. Mit der Abschaffung des Statuts für Cabaret-Tänzerinnen in der Schweiz per 1. Januar 2016 findet eine regressive Ausgrenzung statt.

Schutzobjekt «Frau»

Das Cabaret-Statut wurde 1995 mit der Begründung geschaffen, Tänzerinnen vor Ausbeutung zu schützen. Seit 2009 wird die Aufenthaltsbewilligung für Tänzerinnen «Arbeitsbestätigung» genannt. Davor war sie eine L-Bewilligung. Viele der Frauen – rund 1200 monatlich – kamen aus Osteuropa, der Ukraine, Russland oder Bulgarien, aus Thailand, Brasilien oder der Dominikanischen Republik. Sie konnten mit dieser Kurzaufenthaltsbewilligung maximal acht Monate arbeiten. Das Statut von 1995 war in erster Linie eine gesetzliche Regelung der Nachfrage nach erotischen und sexuellen Dienstleistungen. Aber es war auch eine der wenigen Möglichkeiten für Frauen aus dem Trikont, in der Schweiz legal einer Arbeit nachzugehen. Die Auflösung des Statuts war in den Parlamenten mehrere Jahre Thema und es wurde schliesslich per 1. Januar 2016 abgeschafft mit der gleichen Begründung: zum Schutz der Frauen. Nun dürfen nur noch Frauen aus EU/EFTA-Staa-

ten legal als Cabaret-Tänzerinnen arbeiten. Einmal mehr wird hier unter dem Motto «zum Schutz der Frau» die Frau zum Objekt und Opfer degradiert und die eigentlichen Gründe verdeckt: Die Schweizer Wirtschaft ist nicht mehr auf diese «Arbeitsbestätigungen» für Menschen aus der ganzen Welt angewiesen. Viele Cabaret-Bars werden nun durch Kontakt-Bars ersetzt, denn diese funktionieren nach einem anderen Prinzip: In Cabarets erhalten Frauen Löhne, in Kontakt-Bars bezahlen sie den Betreiber, um dort gegen Geld eine sexuelle Dienstleistung erbringen zu dürfen.

Damit wird den Frauen genau jener Bereich genommen, in dem die Bedingungen am wenigsten prekär sind. Denn durch einen Wochen- oder Monatslohn ist das Cabaret-Statut ein Anstellungsverhältnis und durch Schutzklauseln und Vertrag geregelt. Das FIZ (Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration) war massgeblich an der Ausarbeitung des Musterarbeitsvertrags beteiligt, der seit 2003 für Cabaret-Tänzerinnen als Arbeitsbestätigung gilt. Er regelt die Arbeitsleistung, den Brutto-Monatslohn, Sozialleistungen und andere zugesicherte Leistungen wie Unterkunft, Mahlzeiten und Transportkosten. Er verbietet Prostitution im Cabaret-Bereich sowie die Animation zum Alkoholkonsum. «Die Hälfte der Cabarets wird nun zugehen», sagt der Sprecher des Verbands Schweizerischer Konzertlokale, Cabarets, Dancings und Discotheken (Asco).

Entwicklungen und Tendenzen

Mit der Abschaffung des Cabaret-Statuts wird etwas ganz anderes eingeleitet, beziehungsweise fortgesetzt, als vorgegeben. Beratungsstellen für SexarbeiterInnen und das FIZ sagen folgende Entwicklung voraus: Die Frauen werden als Touristinnen einreisen und illegal in der Sexarbeit tätig sein. Illegalität bedeutet Erpressbarkeit, Abhängigkeit und keinerlei Druckmittel gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen oder Gewalt in der Hand zu haben. Durch die Kriminalisierung können die Frauen auch keine Arbeits- und Sozialversicherungsrechte einfordern. Dies verhindert eine minimale Selbstermächtigung und drängt die Frauen in äusserst pre-

käre und menschenverachtende Verhältnisse.

Bordelle brauchen seit Ende 2013 in Zürich eine Gewerbebewilligung. Um diese zu erlangen, müssen SalonbesitzerInnen beim kantonalen Amt für Wirtschaft gewisse Unterlagen einreichen, beispielsweise einen Strafregisterauszug, einen Betriebsregisterauszug und eine rechtskräftige Baubewilligung. Die SalonbetreiberInnen verpflichten sich aber auch, dass nur geschützter Geschlechtsverkehr stattfindet und dass Prostituierte Aufklärungsmaterial zu sexuell übertragbaren Krankheiten erhalten. Angestellte sollen so besser geschützt werden. Was sehr gut klingt, ist jedoch bei genauerer Betrachtung zweischneidig: Die Anforderungen für eine Betriebsbewilligung ist sehr hoch. Insbesondere für selbstständig arbeitende Frauen, die nur wenig Deutsch können, wird es unmöglich, die Anforderungen zu erfüllen. SexarbeiterInnen werden letztlich in die Sozialhilfe, in die Illegalität oder in die Abhängigkeit von Grossbordellen getrieben. Und den kleinen Salons droht das Ende.

Der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung in Zürich und der darauf hin eingeführten Bestimmung über eine Gewerbebewilligung für Bordelle folgten die Einschränkung der Strichzonen, die Auflösung des Strichs am Sihlquai und die Abschaffung des Cabaret-Statuts. Von SexarbeiterInnen und ihren VertreterInnen werden arbeitsrechtliche Regelungen und Gesetze gefordert, welche die Bedingungen der SexarbeiterInnen verbessern, und nicht solche, die ihre Arbeit erschweren und kriminalisieren. Als KommunistInnen unterstützen wir diese Forderungen und kämpfen für die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit und gegen die Stigmatisierung dieser Tätigkeit.

Die staatlichen Gesetze rund um Prostitution haben nicht die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit im Sinn. Schon immer haben Prostitutionsgesetze den SexarbeiterInnen kaum soziale Absicherung, Rechte und bessere Arbeitsbedingungen beschert. Sie verstärken die negativen gesellschaftlichen Auswirkungen. Durch repressive Kriminalisierung und Ausgrenzung bestimmter Personengruppen führen sie zu neuen Differenzierungen und Spaltungen unter den SexarbeiterInnen. Diese Tendenz zieht sich durch die gesamte Geschichte der Prostitution. Damals wie heute gibt es Zwangsuntersuchungen, Meldeauflagen, zeitliche und räumliche Begrenzungen, sowie schikanöse polizeiliche Kontrollen bei der Arbeit. Die Arbeitsverordnung für Tänzerinnen beinhaltet beispielsweise eine medizinische Zwangsuntersuchung, welche schikanös und erniedrigend für die Frauen ist.

Mehr Selbstbestimmung und Freiheit mussten die Sexarbeitenden und Frauen sich immer hart erkämpfen. Ein Beispiel aus vergangener Zeit: In England hat die englische Frauenbewegung 1883 durch breiten Widerstand die sogenannten «Gesetze über ansteckende Krankheiten» zu Fall gebracht. Die Gesetze sahen vor, Prostituierte Zwangsuntersuchungen zu unterziehen und sie zu internieren. 100 Jahre später kämpften die Hurenbewegungen in den USA und Europa für mehr Rechte und Selbstbestimmung: «Wir sind Frauen wie andere auch». Mit dieser Parole der Hurenbewegungen der 70er Jahre traten, neben den Auseinandersetzungen in den Frauenbewegungen, die Betroffenen selbst auf die Strasse, ergriffen das Wort und definierten sich und ihre Arbeit selbst. Sie sahen sich als kämpferische und selbstbestimmte ArbeiterInnen und nicht als Opfer. Gekämpft wurde um rechtliche Anerkennung und arbeitsvertragliche Regelung, sowie die Gewährung von ArbeiterInnenschutz und Sozialversicherungsschutz. «Prostituierte brauchen Rechte – nicht für den Ausstieg aus der Prostitution, sondern zu ihrer Ausübung unter menschenwürdigen Umständen» und «Prostitution ist ein Menschenrecht», sagt Don Carmen, eine Organisation für SexarbeiterInnen, die in den 80er Jahren neben zahlreichen anderen selbstorganisierten Projekten entstand, in ihrem Positionspapier.

Feminismus und Konservatismus Hand in Hand

Konservativer Feminismus sieht Prostitution als patriarchal, frauenverachtend und als eine Form der sexuellen Gewalt an. Diese Position wurde 2013 durch den «Appell gegen Prostitution» von Alice Schwarzer wieder neu aufgelegt und löste eine internationale Debatte aus. Schwarzer forderte ein Prostitutionsverbot als Feldzug gegen die «moderne Sklaverei» und eine Rücknahme des Prostitutionsgesetzes in Deutschland aus dem Jahr 2002, welches die Prostitution zivilrechtlich als reguläres Gewerbe kodifiziert und ihre Ausübung damit in einigen Bereichen liberalisiert hat. Dadurch sei «Deutschland zu Europas Drehscheibe für Frauenhandel und zum Paradies der Sextouristen aus den Nachbarländern geworden», so der Appell. Die Position suggeriert, dass Frauen lediglich als Opfer gesehen werden. In diesem Klima setzte die grosse Koalition aktuell in Deutschland das «Gesetz zum Schutz der in der Prostitution Tätigen» um, wobei es mit dem Schutz jedoch nicht weit her ist. Das Gesetz zielt auf Kontrolle ab und fördert durch den Registrierungszwang Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Damals waren es die bürgerlichen Frauen der ersten Frauenbewegung, die sich nicht in die Beweggründe proletarischer Frauen, die Sexarbeit leisteten, hineinversetzen konnten. Sie forderten ein Verbot aus Empörung und Angst vor moralischem Zerfall der Familien als Kern der bürgerlichen Gesellschaft. Das im 19. Jahrhundert bestehende Sexualitätskonzept gesteht dem bürgerlichen Mann, aufgrund seines angeblich höheren Sexualtriebes, den sexuellen Kontakt mit Prostituierten, beziehungsweise proletarischen Frauen, zu. Um dies zu ermöglichen, wurde ein hygienisches Konzept der «Reglementierung» entworfen. Diese sozusagen institutionalisierte Prostitution mit den flankierenden hygienischen Massnahmen wurde um die Wende zum 20. Jahrhundert von bürgerlichen Feministinnen angegriffen. In Zürich entstanden 1888 zwei Vereine zur Hebung der Sittlichkeit. Die neue Sittlichkeitsbewegung wollte nicht eine Eindämmung, sondern ein völliges Verbot von Prostitution durchsetzen. Diese Bewegung mit ihren konservativen und christlichen Bildern von moralischer Sexualität im Sinne der Fertilität sieht das Konzept «Einheit von Sexualität und Ehe» als fundamentalen Bestandteil ihrer Klassenmoral und sorgte damit für die Zementierung von alten Sexualnormen und Geschlechterverhältnissen. Nach Silvia Kontos, die in ihrem Buch die historische Entwicklung von Theorien über heterosexuelle Prostitution sowie deren politische Regulierungen aufzeigt, wirken die Zementierungen von Sexualnormativen dem sozialen Aufstieg von Frauen entgegen und verweisen proletarische Frauen immer wieder auf die «unteren» Plätze in der Gesellschaft. Die Debatte über Geschlechterverhältnisse wird auf ein «skandalträchtiges» Terrain verschoben, weil es dort über Empörung und Moral einfacher ist, Frauen auszuschliessen, abzuwerten und mit diesen Spaltungen Herrschaftsstrukturen aufrecht zu erhalten.

Zwischen Selbstausbeutung und Selbstbestimmung

Einerseits ist in einigen Debattenbeiträgen heute zu lesen, dass sich gerade in modernen Gesellschaften, die auf ökonomisch erzwungener sozialer und geografischer Mobilität sowie beruflicher Flexibilität beruhen, das in der Prostitution praktizierte Modell der Trennung von Sexualität und Liebe sich als ein funktionales und akzeptables Konzept erweise. Hier sind es also die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation, die eine moralische Entrüstung in den Hintergrund schieben und eine Liberalisierung forcieren –durchaus auch innerhalb der Vorstellung von Monogamie und Einheit von Sex und Liebe. Andererseits werden Kämpfe der linken Bewegungen für neue Sexualität und Liebe durch Selbstbestimmung und der Aufhebung der Geschlechterhierarchie mit dem Ziel einer emanzipierten Gesellschaft geführt. Wie Stefanie Klee – Sexarbeiterin und Coach – in ihrem Text schreibt, seien die Forderungen um Arbeitsrechte und Professionalisierung ein Versuch, die Diskussion auf ökonomischer Ebene zu führen, über ein Arbeitsverhältnis zu sprechen und es somit von Stigmatisierungen zu befreien. «Sexarbeit ist in erster Linie Arbeit. Menschen gehen gern oder weniger gern, professionell oder laienhaft, regelmässig oder als Hobby diesem Beruf nach, verdienen damit ihren Lebensunterhalt und zahlen Steuern auf ihre Einnahmen. Es gibt Kunden, die diese Dienstleis-

tungen in Anspruch nehmen, und es gibt Bordelle, kleine und grosse, mit unterschiedlichen Angeboten, die den SexarbeiterInnen und den Kunden die Infrastruktur zur Verfügung stellen – einen Arbeitsplatz. Das Gewerbe ist so heterogen wie die dort tätigen Menschen.»

Moral und Rückschritt

Gegen diese Entwicklung treten religiöse und reaktionäre Kräfte, beispielsweise durch regelmässige Aufmärsche gegen Abtreibungen, als moralische Instanz auf. Sie unterstützen die Bürgerlichen beim Hegemonieanspruch über die Verfügung über den weiblichen Körper, Sexualität und Fortpflanzung. Die Debatten um das Abtreibungsverbot seit den 70er Jahren zeigen, wie heftig diese Verhandlungen über den Frauenkörper geführt werden. Denn wie und welche Frau sich fortpflanzt, ist in Klassengesellschaften schon immer ein grosses Politikum gewesen. Linke Frauenbewegungen kämpfen mit Positionen wie «My Body, My Choice» für ein vollständiges Selbstbestimmungsrecht über den Körper. In dieser reaktionären Phase und den neoliberalen Angriffen ist es jedoch nicht einfach, diese Angriffe ausreichend abzuwehren. Innerhalb dieser Kämpfe um Selbstbestimmung über uns und unsere Körper sehen wir auch die Sexarbeitskämpfe.

Handlungsfähigkeit fordert Dialektik

Eine Verbindung und Solidarisierung der Kämpfe um diese Selbstbestimmung ist fundamental für linke Frauenbewegungen. Im Wissen, dass sich Selbstbestimmung nur jenseits des Kapitalismus realisieren kann und wir dazu optimiert werden, uns selbstbestimmt auszubeuten, brauchen wir einen geschärften Blick, Diskussionen und Analysen über Arbeit, Geschlecht, Macht und Sexualität.

Unsere Kämpfe müssen sowohl ganz konkrete Forderungen um Arbeitsrechte, gewerkschaftliche Vertretungen und Anerkennung der Berufsprofessionalität beinhalten als auch den Kampf gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung. Diese können nur mit einer grundlegenden Kritik am Kapitalismus wirken. P.C. Maciotti zeigt in ihrem Debattenbeitrag für eine fortschrittliche Prostitutionspolitik das Geflecht

der unterschiedlichen Mechanismen und AkteurInnen auf und betont die dringliche Notwendigkeit, Arbeitsrechtsforderungen und die Entkriminalisierung von Sexarbeit mit dem Kampf gegen Stigmatisierung zu verbinden.

Dass bürgerliche Gesetze bezüglich Prostitution vor allem Ausgrenzung und Diskriminierung beinhalten, zeigt auch das Beispiel von Schweden, das von bürgerlichen FeministInnen gerne als positives Beispiel gegen Frauenunterdrückung bemüht wird. Mit der Kriminalisierung von Freiern werden die ArbeiterInnen ebenfalls kriminalisiert und gesellschaftlich ausgegrenzt. Die gegenwärtigen Allianzen von konservativen FeministInnen und Staatsmacht erfolgt auf Kosten der SexarbeiterInnen und zielt immer auch auf die gesellschaftliche Kontrolle der Sexualität der Frau und ihrer Reproduktionsfähigkeit.

Als Teil der revolutionären Frauen- und ArbeiterInnenbewegung wollen wir die vielschichtigen Debatten ins Blickfeld rücken, Strukturen aufzeigen und den Kapitalismus mitsamt seinen patriarchalen Herrschaftsstrukturen und Spaltungsversuchen als Grundlage der Diskussionen um Prostitution und Sexarbeit sehen.

Anerkennung statt Repression

Für uns ist eines klar: Jegliche staatlichen Verbote rund um Sexarbeit lehnen wir ab. Im Gegenteil, SexarbeiterInnen müssen von Stigmatisierung und Kriminalisierung befreit werden. Gesetzliche Verbote und Regulierungen erschweren oder verunmöglichen es Menschen, durch Sexarbeit Einkommen zu erzielen. Sie beschneiden damit Handlungsoptionen und Verhandlungsmacht und verhindern einen relativen Schutz der SexarbeiterInnen. Aber Sexarbeit und die Bedingungen darin spiegeln nicht nur die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Frau und Mann wider, sondern sind auch ein Klassenwiderspruch im Kapitalismus. Wer sich dazu entschliesst, Sex als Dienstleistung anzubieten, hat dafür einen guten Grund – sie bietet proletarischen Frauen und Männern eine Möglichkeit, sich und ihre Familien über Wasser zu halten, wenn Alternativen fehlen. Nicht Sexarbeit, sondern die Verhältnisse, in denen sie prekär und frauenverachtend stattfindet, gehören abgeschafft.

FemWo 2016

Zweites feministisch-antikapitalistisches Politikwochenende

vom 14. bis 17. Juli 2016 in Stallikon, bei Zürich

Im Sommer 2015 trafen sich zum ersten Mal über 100 Frauen*/Trans* im Haus Mösli zu spannenden Diskussionen und handfesten Workshops.

Auch dieses Jahr wollen wir feministisch-antikapitalistische Perspektiven weiterentwickeln und uns vernetzen zwischen Theorie und Praxis. Selbstverständlich bei veganen Köstlichkeiten und planschen im Naturpool.

Themen könnten sein:

Body Politics - Politik rund um Frauen*körper

Selbstbestimmung, Reproduktions-Arbeit, Sex & Beziehungen, Recht auf Abtreibung, Intersektionalität, Ableism, Trans*misogynie, Feministische Sicht auf PID, Paarnormativität und Polyamory, ...

Feministischer Widerstand - gegen Ausbeutung & Unterdrückung
Migrationskämpfe, Arbeitskämpfe, Organisationsfrage, Ökonomie, (F)antifa, marxistischer Feminismus, Sexismus in linken Strukturen, Kurdische Frauenbewegung, Internationale Vernetzung, autonomer Feminismus, Mutterschaft, ...

Praxis - Empowerment für den feministisch-revolutionären Alltag
Demo 1x1, Aikido, Wen-Do, Graffiti, Erste-(Demo)-Hilfe, Tontechnik, Megafon-Empowerment, Compi-Sicherheit, Handwerken mit Holz oder Metall, Anti-rep, Flyer-layout, Sex Toys DIY, Hochtranspi-Weitwurf...

Bring dich ein!

Hast du Lust einen Workshop/Input zu einem dieser Themen beizutragen? Fällt dir ein andere spannendes Thema ein? Schick uns deinen Vorschlag, komm in die Orga Crew, lade deine Freund*innen ein!

Infos unter:
www.femwo.ch

meld dich unter:
femwo@immerda.ch

Das Wochenende ist offen für alle Frauen*, Trans*weiblichkeiten, Trans*männlichkeiten, Genderqueers und Inter*, die Lust auf revolutionär-feministische Theorie und Praxis haben. Das Wochenende ist nicht offen für Cis-Männer.

Schluss mit den Massakern in Kurdistan!

Beritan Frauen-Rat Zürich. **In Cizîr (Cizre) verloren während der Ausgangssperre und der Militäroperation mehr als 200 Menschen ihr Leben. Das Militär hat zwar die Operation beendet, doch dauern die Ausgangssperre und die Übergriffe durch türkische Sicherheitskräfte an. Die Identifizierungen der Leichname der Opfer des Massakers aus den drei Kellern von Cizîr sind noch nicht abgeschlossen – und jetzt zittern die Menschen um das Leben ihrer Angehörigen im belagerten Sûr. Mit jedem verstreichenden Tag, an dem der Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung nicht gestoppt wird, gibt es weitere tote ZivilistInnen!**



Cizîr (Nordkurdistan/Türkei) wurde während 64 Tagen den Angriffen der türkischen Sicherheitskräfte ausgesetzt, wobei laut örtlichen Angaben auch bio-chemische Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. Mindestens 165 ZivilistInnen, die inmitten von Militäroperationen Zuflucht in den Kellern von Wohnhäusern gesucht hatten, wurden von türkischen Sicherheitskräften zu Tode gebombt. Die Leichname, die in die Spitäler von Cizîr geliefert wurden, sind unkenntlich. Deshalb können die Familien sie nicht identifizieren. Mehr als 100 Leichname warten nach wie vor auf Identifizierung durch einen DNA-Test.

Die unbegrenzten Ausgangssperren rund um die Uhr, welche die AKP-Regierung in kurdischen Provinzen erklärt hat, verschärfen weiterhin die Notsituation, welche grundlegende Menschenrechte und Freiheiten in der Region, einschliesslich dem Recht auf Leben und persönliche Sicherheit, untergräbt. Insgesamt wurden seit dem 16. August 2015 in sieben Provinzen und 20 Landkreise fast 400 Tage Ausgangssperre verhängt. Verwundete Menschen werden in ihren Häusern mit Mörsergranaten beschossen und daran gehindert, ins Spital zu gehen. Im Oktober 2015 konnte eine Mutter in Cizîr aufgrund der Ausgangssperre ihre von den türkischen Sicherheitskräften getötete 12-jährige Tochter nicht beerdigen und musste sie daher im Gefrierfach aufbewahren.

Schluss mit der faschistischen Praxis der AKP-Regierung!

Während sich die AKP-Regierung weiterhin von der Verantwortung für die Massaker an ZivilistInnen in Cizîr mit der abgedroschenen Phrase vom «Kampf gegen den Terror» freispricht, sind wir erneut schockiert von den Nachrichten aus dem Bezirk Sûr der Stadt Amed (Diyarbakır). Der historische Stadtteil, dessen Stadtmauer unlängst von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt wurde, steht seit dem 11. Dezember 2015 unter Ausgangssperre – das sind bei Redaktionsschluss 88 Tage!

In einem dringenden Aufruf erklärte die Demokratische Partei der Völker HDP: «Während der

militärischen Angriffe gegen die eingeschlossenen ZivilistInnen in Cizîr hatten wir der internationalen Öffentlichkeit mitgeteilt, dass ihr Schweigen und ihre Gleichgültigkeit die AKP-Regierung und deren Sicherheitskräfte bei ihren ungesetzlichen und unmenschlichen Handlungen in kurdischen Städten stärken. Wenn die Weltöffentlichkeit ihre mächtige Stimme für den Schutz von Leben und Sicherheit der eingeschlossenen ZivilistInnen in Cizîr erhoben hätte, dann hätten wir heute vielleicht nicht hunderte von toten Körpern aus den Ruinen von Cizîr bergen müssen. Nun, am Beginn einer möglicherweise ähnlichen Tragödie, die im Bezirk Sûr droht, appellieren wir erneut an die internationale Gemeinschaft.»

Die AKP-Regierung mit ihrer Politik unter Einsetzung von Militär, Polizei und bewaffneten Spezialeinheiten und ihren Massakern an der mehrheitlich kurdische Zivilbevölkerung stellt seit dem Juli 2015 eine Bedrohung des Friedens dar. Es werden schlimmste Menschenrechtsverletzungen begangen. Die Bilder erinnern an die überwunden geglaubten Szenen aus den Neunzigerjahren, wo im Zuge der Vernichtungspolitik der türkischen Regierung gegen die KurdInnen über 4000 Dörfer zerstört, Frauen und Kinder verbrannt, massenhaft exekutiert und teilweise in Massengräbern geworfen wurden.

Das Schweigen Deutschlands

Obwohl die AKP-Regierung unter Führung Erdogans vor Augen der Weltöffentlichkeit Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht, unterstützt die Bundesregierung Deutschlands das Vorgehen Erdogans mit neuen Geldern, die zur Kriegsführung eingesetzt werden. Dazu der Minister des Inneren Herr de Meziere (Monitor-Beitrag vom 04.02.2016): «Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt. (...) Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.»

Hoch die internationale Solidarität!

Wir Frauen können und wollen dazu nicht schweigen. Wir werden es nicht zulassen, dass die Menschlichkeit ermordet wird. Die Zeit ist gekommen, ein System, das uns alle gefangen hält, zu überwinden und mit ihm abzurechnen. Hinter den faschistischen, frauenfeindlichen Angriffen auf die kurdische Bevölkerung steht die Absicht des türkischen Staates und seiner Verbündeten wie der Terrororganisation IS, die kurdische Freiheitsbewegung und die dahinter stehende Vision auf ein freies Leben jenseits von staatlicher und patriarchaler Herrschaft zu zerschlagen. Wir stehen in der Verantwortung, unsere Organisation, unseren Kampf und die internationale Frauensolidarität stärker zu entwickeln. Nur unter dieser Voraussetzung wird es gelingen, die Gewaltkultur im Allgemeinen und speziell jene gegen Frauen zu überwinden.

Wir begrüßen den historischen Widerstand der Frauen in Kurdistan, der im Gedenken an Sakine Cansiz, Ekin Wan, Seve, Pakize und Fatma und alle getöteten Frauen und Kinder geführt wird und rufen die Weltöffentlichkeit, und insbesondere die Frauen, dazu auf, ihre Solidarität mit dem demokratischen Widerstand des kurdischen Volkes, der im Namen der gesamten Menschheit geführt wird, sichtbarer zu machen.

Flohmarkt. Die «Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt» (BFFF) organisiert zu Gunsten von Strassenprojekten in Chile den Flohmarkt «Alles muss raus». Seit nun mehr als 25 Jahren schickt die BFFF Pakete an Solveig Schrikel für ihre Projekte zu Gunsten von Strassenmädchen.

SAMSTAG 5. UND 12. MÄRZ, JEWEILS VON 10.00 BIS 17.00 UHR. REBGASSE 54, IM KELLERGE-SCHOSS, BASEL

Jineologie. Der Begriff Jineologie bedeutet «Frauenwissenschaft». Sie stellt einen Vorschlag für radikale Intervention in die patriarchale Geisteshaltung und das patriarchale Paradigma dar. Nach einem Einführungsreferat zum Thema, wollen wir uns in Kleingruppen damit auseinandersetzen, was die kurdische Frauenbefreiungsideologie mit ihrer radikalen Infragestellung der gesamten patriarchalen Wissenschaft, Philosophie, Geschichtsschreibung und Praxis für uns hier bedeutet. Was können wir hier für unsere antipatriarchalen Kämpfe für eine herrschaftsfreie Gesellschaft umsetzen, übernehmen und welche Strukturen brauchen wir dafür? Für Frauen*

SONNTAG, 6. MÄRZ, 14 BIS 17.30 UHR
IM VOLKSHAUS ZÜRICH

Vulva 3.0 Zwischen Tabu und Tuning. Zum Internationalen Frauentag zeigen terre des femmes Schweiz, Sexuelle Gesundheit Schweiz und das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG) mit Vulva 3.0 einen unaufgeregten Dokumentarfilm, in dem es um die Repräsentation und die Modellierung des weiblichen Genitales geht. Anschliessend Podiumsgespräch.

DIENSTAG, 8. MÄRZ, IM KINO REX,
SCHWANENGASSE 9, BERN

Essen und feiern. Da der 8. März dieses Jahr ein Dienstag ist, lädt das FrauenLesbenKasama zum Essen und Feiern in einer gemütlichen Runde. Ausserdem wird das FrauenLesbenKasama 20 Jahren alt, ein Grund mehr zum Anstossen! Für Frauen, Lesben und andere Weiblichkeiten.

DIENSTAG, 8. MÄRZ, OFFEN AB 18UHR30, ESSEN UM 20.15 UHR, IM INFOLADEN KASAMA, MILITÄRSTRASSE 87A, ZÜRICH

Frauendemo zum internationalen Frauenkampftag. Immer wieder schreibt uns die männerdominierte Gesellschaft vor, was Frauen zu wollen haben und wie sie ihre Forderungen ausdrücken sollen. Die von Frauen eigenständig getragene Demo ist ein Ausdruck kompromissloser Forderungen für ein gleichberechtigtes Leben. Männer solidarisieren sich, indem sie diesen frauenkämpferischen Raum respektieren und nicht kommen.

SAMSTAG, 12. MÄRZ, 13.30 UHR HECHTPLATZ
ZÜRICH
WWW.FRAUENBUENDNIS-ZUERI.CH

soliprrrdy. Frauen*Lesben*Trans*Inter*Party fürs 8. März Frauen*bündnis Zürich. Mit analog ruins (bremen), melodic post punk; terz (hamburg), post keller punk; dj gizzel&frizzel (hamburg); das kollektiv (zureich); sowie Solibar mit Drinks unter dem Motto Liebe, Schnaps und Revolution.

SAMSTAG, 12. MÄRZ, 22 UHR, BLAUES HAUS IM KOCHAREAL, RAUTISTRASSE 22, ZUREICH

Frauen-Café Winterthur. Diesmal geht das Frauen-Café draussen essen. Treffpunkt um 18 Uhr im Infoladen, um dann im Wald vegetarisch/vegan zu grillieren. Salate und Desserts erwünscht. Bei schlechten Wetter drinnen mit Film.

SONNTAG, 10. APRIL, 18 UHR, INFOLADEN
RABIA, BACHTELSTRASSE 70, WINTERTHUR

Frauen*_Bar in der Kernstrasse. Weil das Private politisch ist. Immer noch. Jetzt erst recht! Frauen*_Bar ist für Frauen*_ und Transgender*_ Menschen. Wir freuen uns auch über Menschen, die gerne was veranstalten möchten, Infoveranstaltung, Filmabend, was kochen für alle D.I.Y. Du kannst uns über kernstrasse14@immerda.ch erreichen.

MITTWOCH 6. APRIL, 20 UHR UND IMMER AM 1.
MITTWOCH DES MONATS, KERNSTRASSE 14,
ZÜRICH